

Gegenstand: Hauptsatzung der Stadt Speyer

Die Vorsitzende verweist auf das Arbeitspapier, das in der konstituierenden Sitzung ausgehändigt wurde.

Die CDU-Fraktion äußert sich durch Herrn Hoffmann kritisch zum vorgesehenen Vorschlag, nur noch papierlos zu arbeiten (§ 2). Dies werde die CDU nicht mittragen und weiterhin auf einer individuellen Wahlfreiheit bestehen.

Hinsichtlich der vorgeschlagenen Löschung der Videoübertragungen im Internet wird hinterfragt, ob die dort genannten 12 Monate auf gesetzlichen Vorgaben basieren. Dies wurde seitens der Verwaltung nicht näher geprüft; der Jahreszeitraum wurde willkürlich als ausreichend angenommen.

Herr Ableiter fordert für die FWS ebenfalls Wahlfreiheit, da Papierunterlagen in der Sitzung u.U. bequemer sind. Außerdem sollten die Papiervorlagen in Farbe sein, um z.B. Pläne besser zu erkennen. Es sollte außerdem keine Beschränkung der Vorhaltung von Aufzeichnungen geben.

Die Linke äußert sich durch Herrn Popescu in gleicher Weise.

Auch Herr Haupt hat dieser Argumentation seitens der AfD nichts hinzuzufügen.

Bündnis 90/Die Grünen wären laut Frau Dreyer auch mit einer rein digitalen Lösung einverstanden, da auch ökologische und arbeitssoziale Argumente eine Rolle spielen. Wenn die Mehrheit das anders möchte, schließt man sich aber dem an. Sie fragt nach möglichen Löschfristen aus Gründen des Datenschutzes. Diese müssten durch die Verwaltung noch geprüft werden.

Auch die FDP hätte nach Ansicht von Herrn Oehlmann kein Problem mit einer digitalen Bereitstellung der Unterlagen. Als Speicherzeit von Videos schlägt er die jeweilige Ratsperiode vor.

Frau Keller-Mehlem hinterfragt ebenfalls, ob es gravierende Probleme mit dem Datenschutz oder dem Ressourcenverbrauch gibt. UfS plädiert für eine Aufbewahrung von Videoaufzeichnungen in der Wahlperiode und eine Beibehaltung optionaler Papierunterlagen.

Herr Popescu empfiehlt eine Aufbewahrung auch der rückliegenden Wahlperiode, damit sich neue Ratsmitglieder audio-visuell in laufende Themen einarbeiten können.

Die Vorsitzende fasst zusammen, dass eine rein digitale Ratsarbeit und eine zeitnahe Löschung der Ratsvideos offenbar nicht mehrheitsfähig sind und deshalb aus dem Entwurf gestrichen werden. Hinsichtlich des Datenschutzes wird nochmals eine Prüfung in Auftrag gegeben. Zur Ratssitzung wird eine angepasste Vorlage erstellt.

Gegenstand: Geschäftsordnung des Stadtrates

Die Vorsitzende verweist auf das Arbeitspapier, das in der konstituierenden Sitzung ausgehändigt wurde.

Die in der Hauptsatzung besprochenen Anpassungen hinsichtlich der digitalen Ratsarbeit werden auch im Entwurf der Geschäftsordnung gestrichen.

Bei Anfragen nach § 20 Abs. 3 wird empfohlen, mündliche Begründungen wegzulassen, wie das auch früher schon der Fall war, da diese ja schon in der Anfrage formuliert sind. Bei der „Einwohnerfragestunde“ empfiehlt die Verwaltung, den Begriff weiter zu fassen und nicht nur von „Fragen“ sondern allgemein von „Eingaben“ zu sprechen.

Herr Hoffmann kündigt an, die CDU werde auch die Änderung bei den Anfragen nicht mitgehen. Um nachvollziehen zu können, um was es inhaltlich geht, hält er es nicht für zumutbar, dass Bürgerinnen und Bürgern die Vorlagen vorher lesen müssen.

Stattdessen regt die CDU eine Begrenzung von Sitzungen nach Zeitlimit und eine Straffung von Präsentationen an, die bereits in den Ausschüssen gehalten wurden. Hierzu führt die Vorsitzende aus, dass dies bereits weitgehend eingestellt wurde.

Die CDU schlägt weiterhin zu § 27 GeschO vor, dass die physische Mitzeichnung durch eine digitale Lösung per E-Mail ersetzt wird, wovon man sich eine deutliche Beschleunigung verspricht.

Herr Popescu stellt fest, dass die Begründung der Anfragen häufig nur der Positionierung dient. Er verweist auf die Möglichkeit der schriftlichen Anfragen. Möglich wäre aus Sicht der Linken auch, die Sitzungsdauer auf 4-5 Stunden zu begrenzen oder die Sprechzeiten an die Fraktionsgröße anpassen. Es sollten die Ergebnisse der Ausschussarbeit berücksichtigt und nicht alles im Rat nochmals wiederholt werden. Auch die Vorsitzende appelliert an die Selbstdisziplin der Fraktionen.

Nach Auffassung von Frau Keller-Mehlem hatten solche Doppelungen ihre Ursache im fehlenden Fraktionsstatus einiger Parteien in der letzten Ratsperiode. Dies sollte sich jetzt bessern. UfS spricht sich dafür aus, die Begründung von Anfragen zu belassen und auf die Dauer von 4 Minuten zu begrenzen.

Jede Fraktion sollte die Möglichkeit haben, die inhaltliche Verbindung herzustellen, so Herr Haupt.

Er stellt zur Sitzungsdauer fest, alle Ratsmitglieder seien gewählte Vertreter, die sich darauf eingelassen haben. Aus Sicht der AfD wird versucht, die Bürgeranfragen immer weniger freiheitlich einzuschränken. Die Vorsitzende widerspricht; es findet vielmehr eine Erweiterung von Fragen auf Anregungen und Eingaben statt. Die vorherige Anmeldung war auch bisher schon Bestandteil der Fragestunde, um eine Antwort vorbereiten zu können.

Herr Ableiter sieht das alles weniger problematisch; vor der Wahl herrschen immer verschärfte Bedingungen. Er regt vielmehr an, ein leichtes Catering gegen die Unterzuckerung wiedereinzuführen und erwartet eine Verbesserung durch die Ausschussbeteiligung aller Parteien in der Zukunft. Es sei aber für die FW nicht einsehbar, dass Kritik trotzdem nicht mehr im Rat vorgetragen werden darf. Die Diskussionskultur hat nachgelassen, worunter die Qualität insgesamt leidet.

Das Augenmerk der Bevölkerung liegt nach Ansicht von Herr Oehlmann auf den Ratssitzungen, weniger auf Ausschusssitzungen. Jeder müsse sich selbst an die Nase fassen. Die FDP spricht sich dafür aus, die mündliche Einleitung von Anfragen beizubehalten.

Herr Kabs fordert ebenfalls, in der Diskussion Disziplin zu wahren. Manche Ratskollegen waren in der letzten Ratsperiode zum Teil deutlich über das Thema hinaus. Die CDU ist der Auffassung, dass nicht jede Person aus der Fraktion zum gleichen Sachverhalt sprechen muss.

Auch Frau Dreyer möchte die mündliche Begründung beibehalten, spricht sich gleichzeitig aber auch dafür aus, Sitzungszeiten zu begrenzen und dafür lieber eine Sitzung mehr anzusetzen. B90/Grüne stehen den Änderungen zur Einwohnerfragestunde positiv gegenüber. Die Anwesenheit bei der Beantwortung sei eine Frage des Respekts vor dem Gremium.

Die Vorsitzende fasst zusammen, dass die Verpflichtung zur digitalen Ratsarbeit und der Verzicht auf die Begründung bei Anfragen offenbar nicht mehrheitsfähig sind und deshalb aus dem Entwurf gestrichen werden. Der CDU-Vorschlag zur digitalen Mitzeichnung der Ratsprotokolle wird aufgegriffen. Die Änderungen zur Einwohnerfragestunde werden beibehalten. Zur Ratssitzung wird eine angepasste Vorlage erstellt.

1. Sitzung des Ältestenrates der Stadt Speyer am 27.08.2024

Niederschrift des Tagesordnungspunktes Nr. 3

Gegenstand: Erstellung des gemeinsamen Wahlvorschlages für die Besetzung der Ausschüsse 2024-2029

Die Verwaltung bittet nochmals um Übermittlung der Namensvorschläge für den gemeinsamen Wahlvorschlag zur Besetzung der Ausschüsse und Untergremien für die Ratssitzung am 05.09.2024. Die Vorschlagslisten wurden den Fraktionen zugeleitet. Um zeitnahe Rücksendung wird gebeten, da die Namen noch in eine Tischvorlage umgesetzt werden müssen. Namentlich fehlen noch die Vorschläge von CDU, AfD und Die Linke.

Die Vorsitzende ergänzt, dass die Übersichten mit den Arbeitsgruppen bei der Stadtverwaltung mit politischer Beteiligung im Nachgang noch übersandt werden.

1. Sitzung des Ältestenrates der Stadt Speyer am 27.08.2024

Niederschrift des Tagesordnungspunktes Nr. 4

Gegenstand: Kommunikation mit den Stadtratsmitgliedern

Die Verwaltung informiert weiterhin darüber, dass noch nicht alle Rückmeldungsbögen der gewählten Ratsmitglieder für das Ratsinformationssystem, die elektronische Kommunikation und die Bankverbindung vorliegen. Die Fraktionen werden gebeten, ihre Fraktionsmitglieder nochmals zu erinnern.

Ein Ratsmitglied wünscht keinen elektronischen Zugang. Die Fraktion will nochmals das Gespräch suchen, möglicherweise liegt ein Missverständnis vor.

Gegenstand: Belegung der Fraktionszimmer S 1 bis S 5

Die Verwaltung schlägt folgende Neuverteilung der zur Verfügung stehenden Sitzungsräume an die Fraktionen vor:

S 1 = CDU (Kapazität 20 Personen)

S 2 = SPD (Kapazität 20 Personen)

Keine Vergabe dieser Räume an weitere Fraktionen, weil S 1 und S 2 sehr häufig auch für Ausschuss- und Beiratssitzungen sowie diverse über-/nicht-parteiliche Gesprächsrunden auch abends durch die Stadtverwaltung verwendet werden.

S 3 = SWG / FWS / Ufs (Wählergruppen)
(Kapazität 6 Personen)

S 4 = FDP / Die Linke
(Kapazität 6 Personen)

S 5 = AfD / Bündnis 90/Die Grünen
(Kapazität 12 Personen)

Die konkrete Nutzung soll durch die Fraktionen intern abgesprochen werden. Der eventuelle Bedarf an Schlüsseln ist an die Hauptverwaltung zu übermitteln. Alle Räume sind mit WLAN ausgestattet; es gilt überall der WLAN-Schlüssel aus dem Stadtratssitzungssaal. Dieser wird bei Bedarf von der Hauptverwaltung vergeben. Für die beiden kleineren Sitzungsräume (S 3 und S 4) wird geprüft, ob man auch diese mit Monitoren und Videokonferenztechnik ausstatten kann wie die großen Zimmer.

Hinweise:

Sitzungsraum S 4 ist dauerreserviert für die Energieberatung der Verbraucherzentrale (dienstags 14 - 18:30 Uhr, sowie freitags 9-14 — 14 Uhr) und für die Konsularische Betreuung ital. Staatsbürger durch das „Patronato italiano“ (dienstags 8 - 12 Uhr)

Sitzungsraum 5 ist dienstags von 8 – 14 Uhr dauerreserviert für Beratungsgespräche des VdK-Kreisverbandes Vorderpfalz.

1. Sitzung des Ältestenrates der Stadt Speyer am 27.08.2024

1. Sitzung des Ältestenrates 27.08.2024 **Stefanie Seiler**

Hinweis: Diese Seite bitte nicht löschen! Enthält wichtige Seriendruck-Platzhalter für das Gesamtdokument!